

Jetzt ist der Bürger am Zug

Schuldenbremse - Die Hessen stimmen am 27. März darüber ab, ob sie weiterhin über ihre Verhältnisse leben dürfen

VON JOHANNES BENTRUP

Die Schuldenbremse ist seit Monaten das beherrschende Thema in der Landespolitik. Am Tag der Kommunalwahl, am 27. März, sollen die hessischen Bürger über das Schuldenverbot abstimmen. Ein Überblick über die wichtigsten Fragen.

Was verbirgt sich hinter der Schuldenbremse?

Gewaltige Kredite hat Hessen seit 1970 Jahr für Jahr aufgenommen - unter Regierungen mit der Beteiligung von CDU, SPD, Grünen und FDP. Da viele Politiker nun nicht glauben, dass sich an dieser Praxis aus freien Stücken etwas dauerhaft ändert, wollen sie eine Schuldenbremse einführen. Es soll eine Regelung festgeschrieben werden, die jede Regierung zwingt, in einem Jahr nur so viel Geld auszugeben wie eingenommen wird.

Die Schuldenbremse steht bereits im Grundgesetz. Warum soll sie noch in die Landesverfassung geschrieben werden? Tatsächlich ist sie bereits ins Grundgesetz aufgenommen worden, und sie gilt auch für die Bundesländer. Doch das Grundgesetz sieht für die Länder eine strenge Regelung vor. Ausnah-

men sind nicht weiter definiert. Daher wollen viele Länder mit eigenen Bestimmungen nachbessern.

Warum werden dafür die Bürger zu den Urnen gerufen?

Möglich wäre nach Auffassung von Juristen ein einfaches Landesgesetz mit Details zur Schuldenbremse. Doch CDU, SPD, FDP und Grüne, die für die Schuldenbremse sind, gehen einen anderen Weg: Sie wollen in die Verfassung aufnehmen, unter welchen speziellen Bedingungen Kredite erlaubt sind, etwa um Naturkatastrophen oder Wirtschaftskrisen zu bewältigen. In Hessen müssen die Wähler über Änderungen der Landesverfassung abstimmen.

Welches Kalkül steckt dahinter?

Ganz Hessen soll über Schulden, Sparen und Staatsfinanzen diskutieren, das ist die Hoffnung der großen vier Fraktionen. Vor allem CDU und FDP wollen mit der öffentlichen Debatte auch die Bürger auf schmerzhaftes Einschnitte vorbereiten.

Wer ist gegen die Schuldenbremse?

Im Landtag lehnt nur die Linksfraktion die Schuldenbremse ab.

Aber auch Gewerkschaften, Artac, Schüler- und Studierendenorganisationen mobilisieren gegen das Schuldenverbot.

Was kritisieren sie?

Die Gegner befürchten Sozialabbau und massive Kürzungen in fast allen staatlichen Bereichen. Einschnitte bei sozial Schwachen, die CDU und FDP planen würden, könnten die Regierungsfaktionen dann mit der Schuldenbremse begründen, so die Argumentation. Zudem sind nach ihrer Auffassung manche Schulden „gut“: Kredite für Bildung seien etwa wichtige Investitionen in die Zukunft von jungen Menschen.

Ab wann soll die Schuldenbremse gelten?

Ab dem Jahr 2020. Geplant ist, bis dahin, Schritt für Schritt die Nettoneuverschuldung zurückzufahren. 2011 sind das voraussichtlich noch 2,2 Milliarden Euro. 2020 müssen sich dann Einnahmen und Ausgaben die Waage halten.

Was heißt das für die kommenden Jahre?

Derzeit sind in Hessen CDU und FDP an der Macht, und sie wollen den Weg aus den Schulden über Kürzungen und Effizienz-

steigerungen schaffen. Sollte es eine linke Mehrheit ab 2014 im Landtag geben, ist wahrscheinlich, dass die Strategie geändert wird und eine neue Landesregierung auch auf mehr staatliche Einnahmen setzt.

Was hat es mit den Details wie der Kommunen-Regelung auf sich?

Die Fraktionen haben heftig miteinander gerungen, wie die geplante Verfassungsänderung im Detail aussehen soll. Ein Knackpunkt: Ob und wie will man festschreiben, dass die Kommunen nicht die Leidtragenden werden? Auch war umkämpft, ob in die Verfassung geschrieben werden

soll, dass das Land auch auf die nötigen Einnahmen achten muss. Für beides fanden die vier Fraktionen einen Kompromiss. Die Bürger können bei der Abstimmung aber nur die gestellte Frage im Sinne von „Sind Sie für die Aufnahme einer Schuldenbremse in die Verfassung?“ mit Ja oder Nein beantworten.

Was passiert mit den Schulden, die Hessen bereits aufgetürmt hat?

Hessens Schuldenberg umfasst derzeit rund 39 Milliarden Euro. Bis 2020 wird er weiter wachsen. Wie und ob er eines Tages abgetragen wird, ist bisher noch kein Thema.

Darmstädter Echo

Vom 22.1.2011